



Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen

Schlichtungsempfehlung steht

Aber noch kein Tarifergebnis

Nach drei schwierigen Verhandlungsrunden hatten die Arbeitgeber am Ende der dritten Runde das Scheitern der Verhandlungen erklärt und die Schlichtung angerufen. Nun liegt nach schwierigen Verhandlungstagen die Schlichtungsempfehlung vor, der die paritätische Schlichtungskommission aus Vertreter*innen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber mehrheitlich zugestimmt hat.

Die Schlichtungsempfehlung

Die Schlichter haben einen Vorschlag vorgelegt, um den Tarifkonflikt mit Bund und VKA aufzulösen. Dieser Vorschlag ist für uns jedoch schwierig. Es gibt zwar durchaus Verbesserungen im Vergleich zur letzten Verhandlungsrunde. Aufgrund des starken Widerstands der Arbeitgeber konnten wir aber unsere Forderungen insbesondere beim Geld, der Arbeitszeit und Wahlfreiheit nicht vollständig durchsetzen.

Zentrale Vorschläge der Schlichtungskommission

Entgelterhöhungen: Ab dem 1. April 2025 sollen die monatlichen Tabellenentgelte um 3 Prozent, mindestens um 110 Euro, und zum 1. Mai 2026 um weitere 2,8 Prozent steigen. Für Auszubildende ist eine Erhöhung um je 75 Euro zum 1. April 2025 und zum 1. Mai 2026 vorgesehen.

Ab dem 1. Juli 2025 sollen die Schichtzulage von 40 auf 100 Euro und die Wechselschichtzulage von 105 auf 200 Euro erhöht und die Zulagen ab 1. Januar 2027 dynamisch werden.

Die Laufzeit soll 27 Monate betragen und endet zum 31. März 2027.

Nachwuchskräfte: Auszubildende und Studierende, die ihre Ausbildung bzw. ihr Studium mindestens mit der Gesamtnote „Befriedigend“ abgeschlossen haben, sollen unbefristet übernommen werden.

Arbeitszeit: Bei diesem Themenkomplex hat die Gegenseite weiterhin gemauert. Dennoch werden erste Schritte in Richtung eines Wahlmodells und mehr freie Zeit vorgeschlagen. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, Teile der Jahressonderzahlung in bis zu drei freie Tage umzuwandeln, also die Möglichkeit, Geld in freie Zeit zu tauschen. Die Jahressonderzahlung soll außerdem ab dem Jahr 2026 für die Beschäftigten der Kommunen einheitlich auf 85 Prozent, für die Beschäftigten des Bundes nach Entgeltgruppen gestaffelt auf 95, 90 bzw. 75 Prozent des monatlichen Entgelts erhöht werden.

Ab 2027 soll es einen zusätzlichen freien Tag geben.

Für diese Schritte zur Reduzierung der Arbeitszeit wird ein klarer Preis verlangt: Ab 2026 soll die Möglichkeit der freiwilligen Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden eingeführt werden.

Erneute Verhandlungen

Die Einigungsempfehlung ist kein Tarifergebnis! Sie ist die Grundlage für die nächste Verhandlungsrunde am 5. und 6. April 2025 in Potsdam.



Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen

WIE SIEHT DIE EMPFEHLUNG DER SCHLICHTUNGSKOMMISSION VOM 28. MÄRZ 2025 AUS?

Unsere Forderungen:	Angebot bzw. Ideen der Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde:	Schlichtungsempfehlung:
Acht Prozent im Volumen.	2 Prozent ab 01.10.2025, 2 Prozent ab 01.07.2026, 1,5 Prozent ab 01.07.2027.	3 Prozent ab 01.04.2025, 2,8 Prozent ab 01.05.2026.
Mindestens 350 Euro.	Als Gedankenspiel 300 Euro tarifliches Zusatzgeld jährlich ab Juni 2025.	Ab 01.04.2025 mindestens 110 Euro monatlich.
Zulagen und Zuschläge für Arbeit zu ungünstigen Zeiten (als Teil des Volumens).	Schichtzulage von 40 auf 80 Euro, Wechselschichtzulage von 105 auf 200 Euro bzw. in Krankenhäusern von 155 auf 250 Euro, keine Dynamisierung, unklar, ab wann.	Schichtzulage von 40 auf 100 Euro, Wechselschichtzulage von 105 auf 200 Euro bzw. in Krankenhäusern von 155 auf 250 Euro ab 01.07.2025. Dynamisierung ab 01.01.2027.
200 Euro mehr für Auszubildende, Studierende und Praktikant*innen.	kein Angebot, Überlegung: 50 Euro ab 01.04.2025, 50 Euro ab 01.07.2026.	75 Euro ab 01.04.2025, 75 Euro ab 01.05.2026.
Laufzeit: zwölf Monate.	36 Monate, eventuell etwas kürzer.	27 Monate.
Unbefristete Übernahme von Auszubildenden und Studierenden in Vollzeit.	Übernahme bei einer Note von mindestens Gut, vielleicht auch bis Befriedigend, wenn auch Bedarf besteht.	Übernahme wie im Länderbereich: bei einer Note von mindestens Befriedigend und dienstlichem/betrieblichem Bedarf.
Drei zusätzliche freie Tage.	Kein Angebot, Überlegung: ein freier Tag für alle.	Ein zusätzlicher Tag Erholungsurlaub ab 01.01.2027.
Ein zusätzlicher freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder.	Abgelehnt.	Keine Empfehlung.
„Meine-Zeit-Konto“.	Kein Angebot, Überlegung: Jahressonderzahlung für alle auf 90 Prozent (Bund) bzw. 85 Prozent (VKA), Teile können gegen 5 oder vielleicht auch nur 1, 2 oder 3 freie Tage eingetauscht werden.	Teile der Jahressonderzahlung können für bis zu drei freie Tage eingetauscht werden. Die Jahressonderzahlung für den Bund erhöht sich auf: 95 Prozent EG 1 bis 8, 90 Prozent EG 9a bis 12, 75 Prozent EG 13 bis 15. Kommunen erhöhen einheitlich auf 85 Prozent, keine Wahlmöglichkeit, freie Tage gegen Geld für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, hier Jahressonderzahlung auf 90 Prozent für EG 1 bis 8. Möglichkeit der betrieblichen Vereinbarung von Langzeitkonten für alle Bereiche. Preis für Vereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung: Möglichkeit der freiwilligen Erhöhung der Arbeitszeit auf bis zu 42 Wochenstunden für bis zu 18 Monate, Verlängerung möglich, Zuschlag für die Erhöhungsstunden: 25 Prozent in EG 1 bis 9b, 10 Prozent in EG 9c bis 15.
Überstundenzuschläge auch bei Teilzeit.	Abgelehnt – wir sollen sie doch verklagen.	Keine Empfehlung.
Neue Altersteilzeitregelung.	Kommt nicht infrage.	Keine Empfehlung.

Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen

AUSSERDEM WOLLEN WIR:

Unsere Forderungen:	Angebot bzw. Ideen der Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde:	Schlichtungsempfehlung:
Angleichung der Arbeitsbedingungen Ost an West (Kündigungsschutz!).	Bund wäre einverstanden, Kommunen im Osten sind dagegen, auch nach Jahrzehnten Einheit keine Angleichung!	Angleichung für den Bereich des Bundes. Apell der Schlichter an die Kommunen für Angleichung.
Recht auf Vollzeit.	Kein Angebot.	Keine Empfehlung
Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf Beamt*innen.	Keine Zusage.	Keine Empfehlung

Kollegen beim Warnstreik am 14. März 2025 in Potsdam



IG Bauen-Agrar-Umwelt – die Forstgewerkschaft
 Eine starke Gemeinschaft für die Beschäftigten und
 Beamtinnen/Beamten in Forst und Naturschutz.



So einfach werde ich IG BAU-Mitglied
<https://igbau.de/Mitglied-werden.html>

Herausgeber:
 IG Bauen-Agrar-Umwelt
 Bundesvorstand
 Vorstandsbereich
 Stellvertretender Bundesvorsitzender
 Finanzen – Bildung – Forst und Agrar
 Olof-Palme-Straße 19
 60439 Frankfurt am Main
 März 2025, Foto: Kay Herschelmann